



FBD

FREIE BÜRGER DEUTSCHLANDS

„Deutschland wieder Deutschland werden lassen“

VERSION 10.0

„Ich will König der Piraten werden!“ – Inspiriert von Freiheit, Mut und Verantwortung

Inhaltsverzeichnis

I. Parteiprogramm	3
1. Lobbyismus	3
2. Sozialpolitik	4
3. Außenpolitik & Arbeitskräfte	4
4. Steuern & Kraftstoff	5
5. Politikergehälter & Bundestag	5
6. Wohnen & Immobilien	6
7. Kriminalität & Innere Sicherheit	6
8. Wirtschaft & Staatsfinanzen	7
9. Militär & Außenpolitik	7
10. Bildung & Forschung	8
11. Sport & Vaterlandsliebe	8
12. Polizei & Öffentliche Sicherheit	9
13. Zinsen & Finanzschutz	9
14. Umwelt & Klima	10
15. Gesundheit & Pflege	10
16. Landwirtschaft	11
17. Verkehr & Mobilität	11
18. Justiz-Digitalisierung	12
II. Satzung der FBD	13
III. Gründungsprotokoll	17
IV. Mitgliedsausweis	21

I. Parteiprogramm der FBD

Freie Bürger Deutschlands – Version 10.0 – „Deutschland wieder Deutschland werden lassen“

Die **Freie Bürger Deutschlands (FBD)** ist eine Bürgerpartei, die aus dem Willen des Volkes entstand, Deutschland als souveränes, gerechtes und bürgernahes Land zu gestalten. Unser Programm basiert auf den Grundwerten *Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung* – nach dem Vorbild jener, die für das kämpfen, was ihnen am wichtigsten ist, ohne Furcht und ohne falsche Kompromisse.

„Wir machen Deutschland wieder zum Heimatland – für alle, die hier ehrlich leben und arbeiten.“

1. Lobbyismus & Interessenpolitik

Grundsatz: Lobbyismus vollständig verbieten

- Vollständiges Verbot direkter Lobbyarbeit in Parlamenten auf Bundes- und Landesebene.
- Einführung eines verpflichtenden, öffentlich einsehbaren Lobbyregisters mit Geldbewegungen.
- Strafrechtliche Ahndung jeder unlauteren Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger.
- Abkühlperiode von mindestens 5 Jahren vor Wechsel in Unternehmensberatung oder Lobbytätigkeit.
- Konsequente Offenlegungspflicht aller Nebeneinkünfte und Spendenquellen für Politiker.
- Unabhängige Kontrollbehörde mit echten Sanktionsmöglichkeiten (bis hin zu Mandatsverlust).

Der demokratische Staat muss dem Volkswillen dienen, nicht dem Kapitalinteresse weniger. Wer Gesetze kaufen kann, macht den Rechtsstaat zur Farce. Die FBD beendet diese Praxis kompromisslos.

2. Sozialpolitik

Sozialleistungen nach Lebenslage und Herkunft

- **Altersbedingte Arbeitslosigkeit:** Wer aufgrund von Alter oder dauerhafter körperlicher Einschränkung nicht mehr arbeiten kann, erhält staatliche Sozialhilfe ohne Bedingungen – würdevoll und ausreichend.
- **Erwerbsfähige Arbeitslose:** Pflicht zur aktiven Jobsuche mit klaren Fristen; Sozialleistungen sind temporär und an Mitwirkung geknüpft.
- **Keine Sozialzahlungen für Asylbewerber und Flüchtlinge** im herkömmlichen Sinne – stattdessen direkte und unbürokratische **Arbeiterlaubnis ab dem ersten Tag** der Ankunft.
- Flüchtlinge erhalten Sachleistungen (Unterkunft, Verpflegung, Gesundheitsversorgung) bis zur ersten Lohnzahlung.
- Integration über Arbeit statt über passiven Bezug – Würde durch eigene Leistung.

FBD-Leitsatz: „Integration gelingt durch Teilhabe am Arbeitsmarkt, nicht durch staatliche Versorgung auf Dauer.“

3. Außenpolitik & Arbeitskräfte-Austauschprogramme

Gesteuerter Arbeitskräfteaustausch

- Abschluss bilateraler Fachkräfteabkommen mit Ländern wie Thailand, den Philippinen, Vietnam, Brasilien und Marokko.
- Klare Befristungsregeln für Arbeitsmigration: Verlängerung nur bei nachgewiesenem Bedarf und Integration.
- Rückführungsvereinbarungen als Teil jedes Abkommens – geordnete Rückkehr bei Ende des Programms.
- Qualifizierungspartnerschaften: Deutsche Betriebe helfen beim Aufbau von Ausbildungszentren im Herkunftsland.
- Schutz vor Ausbeutung: Gleicher Lohn, gleiche Rechte, volle Sozialversicherung für alle Gastarbeitnehmer.
- Diplomatische Offensive: Aufbau von Partnerschaftsnetzwerken mit Asien, Osteuropa und dem Globalen Süden.

4. Steuern – Kraftstoff & Entlastung

Kraftstoffsteuer senken – Bürger entlasten

- Sofortige Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe um mindestens 30 % für Privatpersonen.
- Differenziertes Steuersystem: Berufspendler, Handwerksbetriebe und Landwirte erhalten zusätzliche Entlastungen.
- Abschaffung der doppelten Besteuerung: Keine Mehrwertsteuer auf bereits versteuerte Energiesteuer.
- Deckelung der staatlichen Mineralölsteuer bei festem Prozentsatz – keine automatische Inflationsanpassung.

5. Politikergehälter, Renten & Bundestag

Gehälter und Renten neu gestalten

- **Maximales Politikergehalt: 3× den gesetzlichen Mindestlohn** (brutto, monatlich).
- Verpflichtende Anwesenheit im Bundestag: Wer mehr als 10 % der Sitzungen ohne triftigen Grund fehlt, verliert Diäten anteilig.
- **Politiker-Frührente:** Bei vorzeitigem Austritt aus dem Amt keine Vollrente; stattdessen Pflicht zur Übernahme einer bezahlten Beraterrolle für den Staat oder gemeinnützige Organisationen.
- **Renten gedeckelt auf max. 2× den Mindestlohn** – keine Luxusrenten auf Kosten der Steuerzahler.
- Jährliche Überprüfung der Bezüge durch eine unabhängige Bürgerkommission.

Bundestag: Feste Sitzanzahl – proportionale Verteilung

- Feste Gesamtzahl von Bundestagssitzen (z. B. 500 Sitze) – keine aufgeblähten Parlamente.
- Proportionale Vergabe nach Einwohnerzahl der Bundesländer – jährlich neu berechnet nach Zensus.
- Abschaffung von Überhang- und Ausgleichsmandaten.
- Transparenz: Alle Abstimmungsergebnisse und Anwesenheitslisten in Echtzeit öffentlich einsehbar.

6. Wohnen, Mieten & Immobilien

Einfamilienhäuser nur für Privatpersonen

- Einfamilienhäuser dürfen nur von natürlichen Privatpersonen erworben werden.
- Unternehmen und juristische Personen dürfen Einfamilienhäuser ausschließlich erwerben, wenn sie das Objekt **abreißen und umstrukturieren** (z. B. Mehrfamilienwohnungsbau).
- Konsequente Beschränkung von Investment-Fonds und REITs auf Wohnimmobilien.

Staatlicher Mietkauf & bezahlbares Wohnen

- **Mietkauf staatlicher Wohngebäude** zu Zinsen von 1–2 % p. a. für Privatpersonen ohne Eigenkapital.
- Gesetzliche Mietpreisbremse: Mieten dürfen maximal 25 % des regionalen Medianeinkommens betragen.
- **Mietpause bei Sozialhilfebezug:** Staatliche Übernahme der Miete bis zur Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit.
- Förderung von Genossenschaftswohnungsbau als Alternative zu privaten Investoren.
- Leerstandsabgabe für leerstehende Wohnungen und Häuser nach 6 Monaten Leerstand.

7. Kriminalität & Innere Sicherheit

Harte Konsequenzen bei Gewaltverbrechen

- Ausländische Staatsbürger, die wegen **schwerer Gewaltverbrechen zu mindestens 2 Jahren Freiheitsstrafe** verurteilt werden, verbüßen ihre Strafe in **staatlich anerkannten Strafvollzugseinrichtungen in kooperierenden afrikanischen Staaten**.
- Internationale Kooperationsabkommen nach dem Vorbild britischer und dänischer Modelle.
- Nach Verbüßung der Strafe: Deportation ins Herkunftsland; kein Verbleib in Deutschland möglich.
- Konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Personen mit Strafregister.
- Stärkung der Sicherheitsbehörden: Mehr Personal, bessere Ausrüstung, klare Befugnisse.

Klarstellung: Diese Maßnahme richtet sich ausschließlich gegen rechtskräftig verurteilte Gewalttäter nicht-deutscher Staatsbürgerschaft und steht im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards, sofern würdige Haftbedingungen gewährleistet sind.

8. Wirtschaft, Startups & Staatsfinanzen

Mehr Förderung für deutsche Firmen – kluge Beteiligung statt Geschenke

- Staatliche Startup-Förderung erfolgt als **Beteiligungsfinanzierung** (Eigenkapital oder stille Beteiligung) – kein verlorener Zuschuss ohne Gegenleistung.
- Bevorzugung von deutschen Unternehmen bei staatlichen Aufträgen, sofern Preis und Qualität wettbewerbsfähig.
- **Kontrolle gegen Steuerverschwendung:** Unabhängiger Bundesrechnungshof mit erweitertem Mandat und Öffentlichkeitspflicht bei Misswirtschaft.
- **Faire Deals:** Deutschland verhandelt internationale Verträge auf Augenhöhe – keine einseitigen Verpflichtungen zulasten der Bürger.
- **Land Deutschland statt GmbH Deutschland:** Der Staat dient der Bevölkerung, nicht der Wirtschaftslobby.

9. Militär & Geopolitik

Strategische Unabhängigkeit & neue Partnerschaften

- **Militärische Unabhängigkeit von den USA:** Aufbau einer eigenständigen europäischen Verteidigungskapazität unter Führung Deutschlands.
- Eigene Rüstungsindustrie stärken; Reduzierung von US-amerikanischen Waffenimporten zugunsten europäischer Produktion.
- Überprüfung aller bestehenden US-Militärstützpunkte auf deutschem Boden – Rückforderung voller Souveränität.
- Aktive Diplomatie mit Asien (China, Japan, Südkorea, ASEAN) als strategische Wirtschaftspartner.
- Normalisierung und Vertiefung der Beziehungen mit osteuropäischen Staaten und Russland auf der Basis gegenseitiger Interessen.
- Multilaterale Friedensinitiative unter Federführung Deutschlands als neutraler Vermittler.
- Keine Beteiligung an Angriffskriegen – ausschließlich defensive Bündnisstrukturen.

10. Bildung, Schule & Universität

Schulen – Neue Systeme, klare Grenzen

- Einführung modernisierter Lehrpläne: Digitalkompetenz, Finanzerziehung, kritisches Denken als Pflichtfächer.
- Maximaler **Ausländeranteil von 20 % pro Schulklasse** – um Sprachbarrieren zu reduzieren und Integration zu ermöglichen.
- Sprachstandstests bei Einschulung; intensive Förderung für Kinder mit Sprachdefiziten in separaten Modulen.
- Bundeseinheitliche Bildungsstandards bei gleichzeitiger Stärkung der Länderkompetenzen.

Universitäten & Forschung stärken

- Verdopplung der Grundfinanzierung öffentlicher Universitäten innerhalb von 10 Jahren.
- Aufbau bundesweiter Forschungsverbünde in Schlüsselbereichen: KI, Quantencomputing, Biomedizin, Energie.
- Förderung von Technologietransfer zwischen Universität und Wirtschaft.
- Studiengebührenfreiheit für alle deutschen Staatsbürger; kostenpflichtiger Zugang für internationale Studierende außerhalb der EU.

11. Sport & Vaterlandsliebe

Stärkung der nationalen Identität & Gemeinschaft

- Nationale Sportwettbewerbe auf Schul- und Gemeindeebene stärken – Bundesjugendspiele modernisieren.
- Staatliche Förderung für Breitensport, nicht nur für Spitzensport.
- Einführung eines „Deutschlandtags“ als nationaler Feiertag der Gemeinschaft und Bürgerkultur.
- Vaterlandsliebe als Bildungsziel: Geschichte, Kultur und Verfassungspatriotismus fest im Lehrplan verankern.
- Förderung von Austauschprogrammen innerhalb Deutschlands (Bundesländer kennenlernen).

12. Polizei & Öffentliche Sicherheit

Polizei stärken – modern, vernetzt, fair entlohnt

- **Lohnerhöhung von 15–20 %** für alle Polizeibeamten auf Bundes- und Landesebene sofort.
- **Vollständige Digitalisierung:** Einheitliche Software, digitale Akten, bundesweites Netzwerk für Fahndung und Datenaustausch.
- Ausbau des Überwachungskameranetzes in Kriminalitätsschwerpunkten unter richterlichem Vorbehalt.
- **Kooperationsprogramm mit Universitäten (40 %):** Polizisten können berufsbegleitend studieren; Kriminologieforschung wird mit der Praxis vernetzt.
- Konsequenter Schutz von Polizisten vor Übergriffen: Verstärkter Strafraumen für Angriffe auf Einsatzkräfte.
- Unabhängige Beschwerdestelle für Bürger bei Polizeiübergriffen – ohne politische Einflussnahme.

13. Zinsen & Finanzieller Bürgerschutz

Schutz vor Wucherzinsen

- **Gesetzliche Zinsobergrenze für Privatkredite: maximal 3 % p. a.**
- Verbot von Verbraucherkreditprodukten mit über 3 % Effektivzins (Konsumkredite, Dispo, Ratenkredite).
- Ausnahme: Unternehmens- und Investitionskredite, die nach Marktbedingungen bepreist werden dürfen.
- Vollständiges Verbot von privaten Kredithaien und unreguliertem Online-Kreditmarkt.
- Staatliche Notfallkreditlinie für überschuldete Haushalte zu 0 % Zinsen – rückzahlbar über 10 Jahre.

14. Umwelt & Klima

Faktenbasierte Klimapolitik – keine ideologischen Verbote

- **Erst Forschung, dann Verbote:** Keine Verbote von Technologien oder Produkten, bevor nachgewiesene Alternativen vorhanden und wirtschaftlich machbar sind.
- **CO2 neu bewerten:** Differenzierte Betrachtung von CO2-Emissionen; keine pauschale CO2-Steuer auf Bürger und kleine Unternehmen.
- **Keine CO2-Steuer** als Belastung für normale Haushalte und den Mittelstand.
- **Europäische Aufforstungsinitiative:** Millionenprogramm zur Bepflanzung ungenutzter Flächen in ganz Europa – CO2-Bindung durch natürliche Lösungen.
- **Adaptionsprogramme:** Investitionen in Anpassungsstrategien: Hochwasserschutz, hitzeresistente Städte, Trinkwassersicherung.

15. Gesundheit & Pflege

Gesundheitsversorgung reformieren – Qualität für alle

- **Ausbildungskooperationen** mit Thailand, den Philippinen und anderen Ländern zur Gewinnung von Pflegekräften und Ärzten mit klaren Qualitätsstandards.
- **Weniger Pharma-Lobby:** Transparenzpflicht für alle Pharmaunternehmen über Forschungskosten und Gewinne; staatliche Preisregulierung für systemrelevante Medikamente.
- Aufbau von **zentralen, hochmodernen Krankenhäusern** pro Region statt vieler kleiner unterfinanzierter Kliniken.
- **Medikamentenpreise deckeln:** Für generische und patentfreie Medikamente gilt ein staatlicher Maximalpreis.
- **Digitale Gesundheitsakte als „Cold Wallet“:** Patientendaten werden dezentral und verschlüsselt gespeichert – der Patient hat alleinige Hoheit über seine Daten.

16. Landwirtschaft & Ernährungssicherheit

Deutsche Landwirtschaft stärken – unabhängig und nachhaltig

- **Importabhängigkeit reduzieren:** Mindestens 60 % des Grundnahrungsmittelbedarfs sollen aus heimischer Produktion kommen.
- **Weniger Chemie:** Reduktion von Pestizideinsatz um 50 % in 10 Jahren; Förderung biologischer Anbaumethoden.
- **Bauernrat mit Stimmrecht:** Einrichtung eines nationalen Landwirtschaftsrates mit echter Mitsprache bei Agrargesetzen.
- **Internationale Hofnachfolge-Plattform:** Digitale Plattform mit staatlicher Beleihungsmöglichkeit von 10–15 Jahren zu günstigen Konditionen.
- **Lobby-Einschränkung:** Agrarindustrielle Konzerne dürfen keine Sitze in Beratungsgremien des Landwirtschaftsministeriums besetzen.
- **Ernteausfall-Absicherung:** Staatlich geförderte Pflichtversicherung gegen Ernteschäden durch Klimaextreme – prämiengedeckelt für Kleinbauern.

17. Verkehr & Mobilität

Infrastruktur und Mobilität für alle

- **Straßenausbau:** Massives Investitionsprogramm für Bundes- und Landesstraßen, Brücken und Radwege – ohne Privatisierung.
- **Mehr staatliches Personal:** Autobahnmeistereien und Straßenerhaltungsdienste als Beamtenstellen, nicht ausgelagert.
- **ÖPNV-Zuschüsse für Arbeiter und Schüler:** Monatskarte für Berufspendler und Schüler maximal 29 € bundesweit.
- **Parkgebühren gedeckelt:** Kommunale Parkgebühren dürfen maximal 2 €/Stunde betragen.
- **Erste Stunde kostenlos:** In allen öffentlichen Parkzonen gilt die erste Stunde kostenfrei mit Parkscheibe – ohne Ausnahme.
- Elektromobilität durch Infrastruktur fördern (Ladesäulen), nicht durch Verbrennerverbote erzwingen.

18. Justiz-Digitalisierung

Justiz ins 21. Jahrhundert führen

- **E-Akten auf eigener staatlicher Cloud:** Alle Gerichtsakten werden vollständig digitalisiert und auf bundeseigenen, sicheren Servern gespeichert – keine US-Cloud-Anbieter.
- **KI-Einsatz:** Künstliche Intelligenz unterstützt bei Recherche, Fallzuordnung und Fristüberwachung – die Entscheidung trifft stets der Mensch.
- **Videoverhandlungen** für geeignete Verfahren (Zivilsachen, Verwaltungsrecht): Kosteneinsparung gegenüber teurer Saalmiete und Reisekosten.
- Bundesweites Justizportal für Bürger: Status von Verfahren, Terminverwaltung und Akteneinsicht online.
- Reduzierung der durchschnittlichen Verfahrensdauer um 40 % innerhalb von 5 Jahren durch Digitalisierung.

II. Satzung der Freien Bürger Deutschlands (FBD)

Beschlossen auf der Gründungsversammlung der FBD

§ 1 – Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

1. Die Partei führt den Namen **Freie Bürger Deutschlands**, abgekürzt **FBD**.
2. Der Sitz der Partei ist [Sitz eintragen]. Die Partei ist im gesamten Bundesgebiet tätig.
3. Die FBD ist eine politische Partei im Sinne des Grundgesetzes und des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

§ 2 – Zweck und Grundsätze

1. Zweck der FBD ist die aktive Beteiligung an der politischen Willensbildung des deutschen Volkes auf allen Ebenen – kommunal, landes- und bundesweit.
2. Die FBD bekennt sich zu den Grundwerten **Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung** und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
3. Die Partei tritt für ein souveränes, bürgernahes Deutschland ein und lehnt Einflussnahme durch Lobbygruppen auf den demokratischen Prozess ab.
4. Die FBD strebt an, Deutschland als Heimatland für alle ehrlich lebenden und arbeitenden Menschen zu gestalten.

§ 3 – Mitgliedschaft

1. Mitglied der FBD kann jede natürliche Person werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, die Grundsätze dieser Satzung anerkennt und ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hat.
2. Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Beitrittserklärung und Bestätigung durch den Vorstand erworben.
3. Die Mitgliedschaft endet durch: (a) freiwilligen Austritt (schriftlich mit 4 Wochen Frist), (b) Tod, (c) Ausschluss gemäß § 4, oder (d) Nichtentrichtung des Mitgliedsbeitrags über 6 Monate trotz Mahnung.
4. Jedes Mitglied hat Stimm-, Wahl- und das Recht, für Ämter zu kandidieren.

§ 4 – Ordnungsmaßnahmen & Ausschluss

1. Bei Verstößen gegen die Satzung oder das Ansehen der Partei kann der Vorstand Ordnungsmaßnahmen verhängen: (a) Verwarnung, (b) Rüge, (c) zeitlich befristeter Ausschluss.
2. Der Ausschluss aus der Partei ist nur bei schwerwiegenden Verstößen möglich und muss durch den Vorstand mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden.
3. Dem betroffenen Mitglied ist vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Gegen den Ausschluss kann innerhalb von 4 Wochen Berufung beim Parteiausschuss eingelegt werden.

§ 5 – Organe der Partei

1. Organe der FBD auf Bundesebene sind: (a) die Mitgliederversammlung (Bundesparteitag), (b) der Bundesvorstand, (c) der Parteiausschuss, (d) die Kassenprüfer.
2. Auf Landes- und Kreisebene können entsprechende Untergliederungen nach eigenem Ermessen weitere Organe einrichten.

§ 6 – Bundesvorstand

1. Der Bundesvorstand besteht aus mindestens: (a) Vorsitzendem/r, (b) zwei Stellvertretern/innen, (c) Schatzmeister/in, (d) Schriftführer/in.
2. Der Vorstand wird auf der Mitgliederversammlung für die Dauer von 2 Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
3. Der Vorstand leitet die Partei und führt die laufenden Geschäfte.
4. Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
5. Der Vorstand tritt mindestens viermal jährlich zusammen; er ist beschlussfähig bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder.

§ 7 – Mitgliederversammlung (Bundesparteitag)

1. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ der Partei. Sie tritt mindestens einmal jährlich zusammen.
2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn der Vorstand dies beschließt oder mindestens 20 % der Mitglieder dies schriftlich beantragen.
3. Einladungen mit Tagesordnung sind mindestens 4 Wochen vorher schriftlich oder elektronisch zu versenden.
4. Aufgaben der Mitgliederversammlung:
 - Wahl und Abberufung des Vorstands
 - Beschluss über Satzungsänderungen (Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich)
 - Genehmigung des Haushaltsplans und Entlastung des Vorstands
 - Beschluss über Auflösung der Partei (Drei-Viertel-Mehrheit erforderlich)
 - Behandlung des Rechenschaftsberichts
5. Jedes anwesende Mitglied hat eine Stimme. Stimmübertragung ist nicht möglich.

§ 8 – Mitgliedsbeiträge

1. Die Mitglieder entrichten einen monatlichen Mitgliedsbeitrag. Die Höhe wird von der Mitgliederversammlung festgelegt.
2. Aktuell gilt: Regelmitglied: [Betrag] €/Monat; Ermäßigt (Schüler/Studenten/Rentner): [Betrag] €/Monat.
3. Auf begründeten Antrag kann der Vorstand Beitragsbefreiungen oder -stundungen gewähren.

§ 9 – Finanzwesen & Rechenschaftspflicht

1. Die FBD führt eine ordnungsgemäße Buchführung. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.
2. Der Schatzmeister erstellt jährlich einen Rechenschaftsbericht gemäß § 23 ff. Parteiengesetz.
3. Zwei von der Mitgliederversammlung gewählte Kassenprüfer prüfen jährlich die Kasse und Buchführung.
4. Spenden werden nur angenommen, soweit sie nach dem Parteiengesetz zulässig sind.

§ 10 – Satzungsänderungen

1. Satzungsänderungen bedürfen einer Zwei-Drittel-Mehrheit der auf der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder.
2. Änderungsanträge müssen mindestens 3 Wochen vor der Versammlung schriftlich beim Vorstand eingereicht und den Mitgliedern mitgeteilt werden.

§ 11 – Auflösung der Partei

1. Die Auflösung der FBD kann nur durch eine eigens dafür einberufene Mitgliederversammlung mit Drei-Viertel-Mehrheit beschlossen werden.
2. Bei Auflösung fällt das verbleibende Vermögen nach Begleichung aller Verbindlichkeiten an eine gemeinnützige Organisation, die von der letzten Mitgliederversammlung bestimmt wird.

§ 12 – Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt mit der Beschlussfassung durch die Gründungsversammlung in Kraft.
2. Sie ersetzt alle vorherigen Fassungen und Entwürfe.

III. Gründungsprotokoll der FBD

Protokoll der Gründungsversammlung der Freien Bürger Deutschlands

Versammlungsdaten

Parteiename:	Freie Bürger Deutschlands (FBD)
Datum:	_____
Uhrzeit (Beginn):	_____
Uhrzeit (Ende):	_____
Ort:	_____
Versammlungsleiter/in:	_____
Protokollführer/in:	_____
Anzahl Teilnehmer:	_____

Anwesende Gründungsmitglieder

Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Wohnort / PLZ	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				

(Ggf. auf separater Anwesenheitsliste fortführen.)

Tagesordnung

1. Eröffnung der Versammlung
2. Wahl des Versammlungsleiters / der Versammlungsleiterin
3. Wahl des Protokollführers / der Protokollführerin
4. Beschlussfassung zur Gründung der FBD
5. Beschlussfassung über die Satzung (Version 10.0)
6. Beschlussfassung über das Parteiprogramm (Version 10.0)
7. Wahl des Bundesvorstands
8. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge
9. Sonstiges und Verschiedenes
10. Schließung der Versammlung

Beschlüsse der Gründungsversammlung

Beschluss 1 – Gründung der Partei

Die anwesenden Gründungsmitglieder beschließen mit _____ Ja-Stimmen gegen _____ Nein-Stimmen bei _____ Enthaltungen die Gründung der Partei **Freie Bürger Deutschlands (FBD)** als politische Partei im Sinne des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Beschluss 2 – Annahme der Satzung

Die Satzung der FBD in der vorliegenden Fassung (Version 10.0) wird angenommen mit _____ Ja-Stimmen gegen _____ Nein-Stimmen bei _____ Enthaltungen.

Beschluss 3 – Annahme des Parteiprogramms

Das Parteiprogramm der FBD in der vorliegenden Fassung (Version 10.0) wird angenommen mit _____ Ja-Stimmen gegen _____ Nein-Stimmen bei _____ Enthaltungen.

Beschluss 4 – Wahl des Bundesvorstands

Amt	Gewählte Person	Ja	Nein	Enthaltungen
Vorsitzende(r)				
Stellvertretung 1				
Stellvertretung 2				
Schatzmeister/in				
Schriftführer/in				

Beschluss 5 – Mitgliedsbeiträge

Der monatliche Mitgliedsbeitrag wird festgesetzt auf:

– Regelmitglied: _____ €/Monat

– Ermäßigt (Schüler, Studenten, Rentner, Erwerbslose): _____ €/Monat

Abstimmung: _____ Ja-Stimmen gegen _____ Nein-Stimmen bei _____ Enthaltungen.

Sonstige Beschlüsse & Protokollnotizen

<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>

Unterzeichnung des Protokolls

Die Richtigkeit des Protokolls wird durch folgende Unterschriften bestätigt:

Versammlungsleiter/in
(Name in Druckbuchstaben & Datum)

Protokollführer/in
(Name in Druckbuchstaben & Datum)

Vorsitzende(r)
(Name in Druckbuchstaben & Datum)

Schatzmeister/in
(Name & Datum)

Schriftführer/in
(Name & Datum)

Weiteres Gründungsmitglied
(Name & Datum)

IV. Mitgliedsausweis der FBD

Offizieller Mitgliedsausweis – Freie Bürger Deutschlands

Der folgende Ausweis ist die offizielle Mitgliedsbescheinigung der **Freien Bürger Deutschlands (FBD)**. Er wird jedem Neumitglied nach Bestätigung der Mitgliedschaft durch den Vorstand ausgestellt.

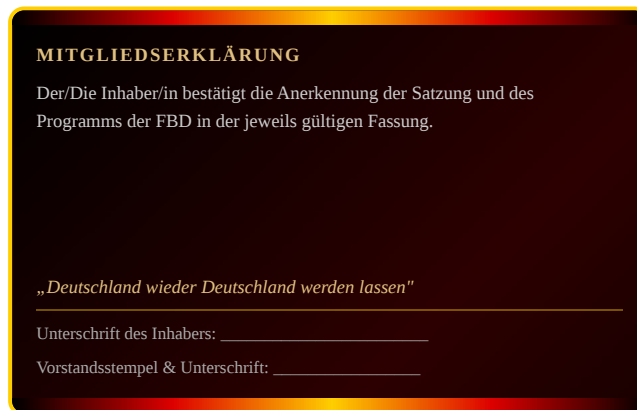
Ausweis-Vorlage

Vorderseite



The front side of the membership card template is a dark red rectangle with a yellow and orange gradient border. It features the FBD logo (a hat with a skull and crossbones) on the left. To the right, the text reads: **FBD**, *Freie Bürger Deutschlands*, **NAME:**, **MITGLIED-NR.:**, **BEITRITT:**, and **GÜLTIG BIS:**. Each of these fields is followed by a dotted line for text entry.

Rückseite



The back side of the membership card template is a dark red rectangle with a yellow and orange gradient border. It contains the following text: **MITGLIEDSERKLÄRUNG**, Der/Die Inhaber/in bestätigt die Anerkennung der Satzung und des Programms der FBD in der jeweils gültigen Fassung., *„Deutschland wieder Deutschland werden lassen“*, Unterschrift des Inhabers: _____, and Vorstandsstempel & Unterschrift: _____.

Ausfüllanleitung

Feld	Inhalt	Hinweis
------	--------	---------

Name	Vollständiger Name des Mitglieds	Laut Personalausweis
Mitglied-Nr.	Fortlaufende Nummer	Vom Vorstand vergeben
Beitritt	Datum des Beitritts	TT.MM.JJJJ
Gültig bis	Ende des laufenden Jahres	Jährliche Erneuerung
Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift	Erst nach Zahlung Beitrag
Vorstandsstempel	Stempel & Unterschrift Vorstand	Durch Vorstandsmitglied

Hinweis: Der Mitgliedsausweis ist kein amtliches Ausweisdokument. Er dient ausschließlich als Mitgliedsbescheinigung innerhalb der Partei FBD. Verlust ist unverzüglich dem Vorstand zu melden.



FBD – Freie Bürger Deutschlands

„Deutschland wieder Deutschland werden lassen“ – Version 10.0

Dokument erstellt: April 2026 | Alle Rechte vorbehalten